

# Lohn-Lag und Zyklenbildung

Von Werner Noll, z. Z. Heidelberg

## I.

Einleitend sollen Begriffe geklärt und der Aufbau durchsichtig werden. Beginnen wir mit einer Frage: Was heißt hier überhaupt „Zyklenbildung“? Mit Zyklus ist der klassische Konjunkturzyklus, der den Wachstumstrend überlagert und der noch heute sich unverändert nachweisen lässt, gemeint. So kann man beispielsweise in der Bundesrepublik seit 1950 das ständige, sich etwa alle  $4\frac{1}{2}$  Jahre wiederholende Auf und Ab des Wirtschaftslebens vor dem Hintergrund des Wachstums beobachten. Wenn deshalb das am 25. April 1969 abgeschlossene gemeinsame Gutachten der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute davon redet — vom Sondergutachten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung einmal abgesehen —, daß „binnenwirtschaftliche Abschwächungstendenzen ... im zweiten Halbjahr von der Investitionsneigung ausgehen werden“ und „sich die konjunkturellen Spannungen schon im Laufe dieses Jahres als Folge eines zyklischen Rückgangs der Investitionsneigung von selbst lösen“<sup>1</sup>, so kommt der Verdacht auf: Man argumentiert aus der Erfahrung, daß es bisher eben alle  $4\frac{1}{2}$  Jahre so war.

Das also ist das Phänomen. Aber um die Erklärung bemüht man sich in der Literatur nicht in der gleichen Weise, wie das Phänomen aufregend erscheint und es eigentlich doch wert wäre. Kennzeichnend hierfür ist, daß die seit 1950 schwerste Rezession im deutschen Wirtschaftsablauf im Jahre 1967 kaum eine wissenschaftliche Würdigung in der Fachliteratur gefunden hat. Und doch war gerade das Auffallende daran, daß erstmals eine Wachstumsrate von Null hingenommen werden mußte. Typisch ist weiter, daß der wissenschaftliche Standpunkt über Konjunkturtheorie noch stark umstritten ist. Auch wohl deshalb

---

<sup>1</sup> Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1969. Wirtschaftskonjunktur, Berichte des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung München, 21. Jg. (1969), S. 10. Die Prognosen werden ebenfalls im „Wochenbericht“ des DIW und in den „Mitteilungen“ des RWI veröffentlicht.

ist in den letzten zehn Jahren kein Fachbuch über Konjunkturtheorie erschienen. Wir leben noch von alter Substanz, so von *Hicks*<sup>2</sup> und *Matthews*<sup>3</sup>, wobei deren Leistung keineswegs abqualifiziert, sondern nur auf die Lücke danach hingewiesen werden soll.

Es besteht nicht die Absicht, allen möglichen konjunkturverursachenden Größen nachzugehen. Der Untersuchungsgegenstand ist viel begrenzter. Allein der Lohn-Lag, aus der Vielzahl der Größen herausgegriffen, soll auf seine Konjunkturrelevanz überprüft werden. Natürlich liegt dieser Beschränkung nicht die Absicht zugrunde, den Lohn-Lag für mögliche Fehlentwicklungen monokausal, also ausschließlich, verantwortlich zu machen. Jedoch scheint der Lohn-Lag neuerdings stärker ins Gespräch zu kommen, wie das Gutachten des Sachverständigenrates vom 2. Dezember 1968<sup>4</sup> durch erstmalige Aufnahme des Begriffes in das Sachregister zeigt. Dieses Gutachten regte zur näheren Beschäftigung mit dem Fragenkomplex über und um den Lohn-Lag an.

Was ist der Lohn-Lag begrifflich? Ganz allgemein: Ein Nachhinken der Arbeitnehmereinkommen hinter den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. So haben laut Gutachten der Sachverständigen, Ziffer 27, die Industrieunternehmen nur einen geringen Teil der Kostensenkung im Anschluß an die Rezession in Preissenkungen weitergegeben. Unverhältnismäßige Gewinnsteigerungen waren die Folge. Danach kennzeichnet auch den gegenwärtigen Aufschwung ein Nachhinken der Arbeitnehmereinkommen. Allgemein gesprochen und gefühlsmäßig gibt man sich mit der bloßen Beschreibung des „Hinterherhinkens“ auch zufrieden. Jedoch wird inhaltlich damit eigentlich gar nichts gesagt. Denn bei Unternehmereinkommen und Arbeitnehmereinkommen handelt es sich um Aggregatgrößen, um Produktgrößen aus Preis und Menge, nicht aber um Einzelgrößen, wie den Preis pro Arbeitsstunde. Und um den Preis pro Arbeitsstunde zu einem bestimmten Zeitpunkt geht es begrifflich beim Lohn-Lag. Somit ist zunächst zu klären, woran und nach welchem Maßstab ein Lohn-Lag zu messen ist.

Das Sachverständigen-Gutachten nimmt unter Ziffer 287 den kosten-niveau-neutralen Lohn zum Maß, wenn es dort heißt: „Die effektiven Reallöhne nehmen 1967/68 nach unserer Berechnung um 2 bis 2½ % weniger zu, als nach den Regeln einer kosten-niveau-neutralen Lohnpolitik und bei Einrechnung eines Hochbeschäftigungssicherungsab-

---

<sup>2</sup> John R. Hicks: *A Contribution to the Theory of the Trade Cycle*. Oxford 1950.

<sup>3</sup> R. C. O. Matthews: *The Trade Cycle*. Cambridge 1959.

<sup>4</sup> Jahresgutachten 1968 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Bundestagsdrucksache V/3550 vom 2. 12. 1968, Bonn.

schlags möglich gewesen wäre<sup>5</sup>.“ Danach existiert ein Lohn-Lag dann, wenn die effektiven Reallöhne niedriger sind, als sie unter dem Gesichtspunkt der Kostenniveau-Neutralität<sup>6</sup> sein könnten. Dieser Festlegung fehlt aber noch die Zeitdimension, die Angabe über die zeitliche Länge der Verzögerung, also die Angabe, um wieviel Wochen oder Monate der Preis pro Arbeitsstunde effektiv hinterherhinkt. Unter Ziffer 42 sprechen die Sachverständigen von 10 bis 14 Monaten, einem guten Jahr etwa. Unter dieser Präzisierung kommt das Gutachten zu einer errechneten Summe von etwa 5,5 Mrd.DM entgangener Löhne und Arbeitsentgelte auf Arbeitnehmerseite. Dieses Faktum hat nach Ansicht der Sachverständigen im Aufschwung zu einer schwachen Verbrauchskonjunktur geführt und lässt in den späteren Phasen die Anbrandung einer Preis-Lohnwelle erwarten, die wiederum die Gefahr eines Konjunkturrückschlags in sich birgt (Ziffer 187). Und sinngemäß heißt es hier weiter: Damit sind die Chancen für eine echte konzentrierte Aktion vertan, die doch zu Beginn eines Aufschwungs besonders günstig sind, wobei die adjektive Betonung *echte konzentrierte Aktion* auffällt, wo doch „konzentrierte Aktion“ allein begrifflich genügt hätte.

Diese mehr schlagwortartig herausgegriffenen Thesen sollen nunmehr theoretisch abgetäuft werden. Denn es kann nicht Sinn eines Gutachtens sein, für solcherart aufgestellte Thesen den theoretischen Unterbau lehrbuchartig auch noch beizugeben.

Erstens soll für den weiteren Verlauf der Überlegungen hier zunächst ein Wegweiser aufgestellt werden. Am Anfang steht ein Rückblick auf die Literatur, und zwar deshalb, weil sich von dort möglicherweise schon gewisse Grundelemente anbieten und weil weiter bestimmte Wandlungen in der theoretischen Konzeption bei Fortgang der Analyse erkennbar werden.

<sup>5</sup> Jahresgutachten, a.a.O., Ziffer 287.

<sup>6</sup> Dieser Begriff hat Konstanz der Stückkosten  $z$  über die Zeit zum Inhalt, formal  $z(t) = z(0)$ . Die Stückkosten bestehen aus den Lohn- und Kapitalkosten, wobei die Lohnkosten das Produkt aus Reallohn  $l$  und Anzahl der Arbeitsstunden pro Stück  $\frac{A}{x} = \frac{l}{\lambda}$  sind und die Kapitalkosten sich aus dem Produkt von Realkapital pro Stück  $\frac{K}{x} = k$  und der Summe von Abschreibungssatz  $D$  und Zinssatz  $r$  zusammensetzen.

Werden die Bestandteile als Funktionen der Zeit aufgefaßt, die Gleichungen für zwei Zeitpunkte bzw. Perioden geschrieben und gleichgesetzt, so kann der Ausdruck  $\frac{l(t)}{l(0)}$  als Maß für kostenniveau-neutrale Lohnpolitik eliminiert werden:

$$\frac{l(t)}{l(0)} = \frac{\lambda(t)}{\lambda(0)} + \lambda(t) \{ [r(0) + D(0)] k(0) - [r(t) + D(t)] k(t) \}$$

Zweitens soll dann gedanklich in einem weiteren Schritt nachvollzogen werden, welchen nicht ausgesprochenen theoretischen Hintergrund die hingestellten Thesen des Sachverständigenrats wohl haben und vor welchem theoretischen Hintergrund sie gedacht wurden.

Drittens sollen mögliche Divergenzen zwischen den Ergebnissen des ersten und zweiten Schrittes geklärt werden, also die sich aus früheren Überlegungen in der Literatur und den möglichen Überlegungen heute hierzu ergeben.

Viertens und abschließend wird selbst ein Vorschlag zur Diskussion gestellt, wie künftig vielleicht der Lohn als Preis eines Produktionsfaktors im Gesamtsystem zu sehen und einzuordnen ist und wie eine Lohnpreisbildung auszusehen hat, soll ein konjunkturloser Zustand — wenigstens von der Lohnseite her gesehen — erreicht werden.

## II.

Die Idee eines zyklusbildenden Lohn-Lags ist gar nicht so neu, wie man heute meinen möchte. Schon 1925 klingt bei *Lederer*<sup>7</sup> unter Bezug auf *Hobson* diese Idee an und gewinnt 1933 bei *Preiser*<sup>8</sup> in seinem Buch „Grundzüge der Konjunkturtheorie“ festere theoretische Formen, gerät dann aber wieder in Vergessenheit.

Da prinzipiell die Möglichkeit nicht auszuschließen ist, daß in dem Gutachten nach über 30 Jahren Idee und Begriff von *Preiser* wiederentdeckt und belebt wurden, soll die Preisersche Vorstellung kurzgefaßt vorweggenommen werden.

Um etwas nicht durch sich selbst zu erklären, geht *Preiser* von einem stationären Gleichgewichtszustand der Volkswirtschaft aus. Solange sich kein Datum ändert, bleibt dieser Zustand im Gleichgewicht erhalten. *Preiser* untersucht anhand der beiden Spararten, Nettosparen der privaten Haushalte und Nettosparen der Unternehmen, alternativ und getrennt, wie sich die Volkswirtschaft aus dem stationären Zustand heraus weiter entwickelt.

Beginnen wir mit dem Haushaltssparen. Den Weg des Wachstums über Haushaltssparen hat man sich so vorzustellen: Das Ausgangsgleichgewicht wird durch Änderung des Datums Bedürfnisstruktur gestört. Daraus resultiert Nettosparen der Haushalte. Nun kann aber das Nettosparvolumen bei konstantem Zinssatz am Kapitalmarkt nicht untergebracht werden, da nach den Ertragsgesetzmäßigkeiten zusätz-

<sup>7</sup> Emil *Lederer*: Konjunktur und Krisen. Grundriß der Sozialökonomie IV. 1. Aufl. 1925.

<sup>8</sup> Erich *Preiser*: Grundzüge der Konjunkturtheorie. Tübingen 1933.

liche Investitionen bei konstantem technischem Wissen die Grenzproduktivität des Kapitals sinken lassen. Zwar sind rein technisch die Möglichkeiten für Nettoinvestitionen unbegrenzt, die Höhe des Zinssatzes schränkt jedoch ihren Umfang ein. Also hat der Zinssatz so weit zu sinken, bis der Wille zur Investition mit der Möglichkeit zur Investition — also von den Sparmitteln her — übereinstimmt.

Nach diesen Aussagen würden wir *Preiser* heute zu den Neoklassikern rechnen müssen. Der Zinsmechanismus funktioniert. Zugleich ist der Zins aber auch ein Preis, der gemeinsam mit anderen Preisen für eine optimale Allokation der Ressourcen zu sorgen hat. Die Allokationsfunktion des Zinses steht im Vordergrund. *Preiser* vertraut also in seinem Buch 1933 noch auf den von ihm später selbst in Frage gestellten Zinsmechanismus.

Wer indessen meint, daß die Ansicht von der intakten Funktionsfähigkeit des Zinses überholt sei, kann sich, wie James *Meade*<sup>9</sup> es tut, auch denken, daß das Gleichgewicht zwischen Sparen und Investieren durch Geldpolitik fortlaufend herbeigeführt wird.

Andererseits kann durchaus davon ausgegangen werden, daß *Preiser* das Sparen primär als Nachfrageausfall sah und nicht so sehr aktiv als Grundlage für Investitionsmöglichkeiten. Denn er kannte die Literatur seiner Zeit und vor ihm, so auch die bei *Lederer* diskutierte und anerkannte Ansicht über den Lohn-Lag und über die Möglichkeit des Versickerns von Nachfrage. *Preiser* konnte dies gar nicht übersehen haben, wie man bei flüchtigem Lesen leichtgläubig annehmen könnte.

Hier an dieser Stelle, wenn man die Möglichkeit des Versickerns in Betracht zieht, bietet sich bequem der Einstieg in die makroökonomische Konjunkturtheorie mit dem Denken in Aggregatgrößen an. Daraus ist zu schließen, daß wenn *Preiser* diese Einstiegsmöglichkeit sah und sie dennoch beiseite ließ, er bewußt auf etwas ganz anderes hinaus wollte. Ein weiterer Beweis dafür ist, daß er in späteren Veröffentlichungen trotz der Fülle sich anbietender makroökonomischer Modelle in Konjunkturfragen wiederholt auf sein Buch von 1933 verwies.

Entscheidend war für ihn eben die Allokationsfunktion des Zinses. Hierbei ist mit *Preiser* hervorzuheben, daß der Prozeß der Nettokapitalbildung über Nettosparen der privaten Haushalte sozusagen gewinnlos vor sich geht. Denn die Kostensteigerung durch sinkende Ertragsgesetzmäßigkeit wird kompensiert durch Kostensenkung infolge Zinssenkung. Das Preisniveau bleibt dabei konstant.

---

<sup>9</sup> James E. *Meade*: The Adjustment of Savings to Investment in a Growing Economy. *Review of Economic Studies*, 30 (1963), S. 151.

Der Kapitalbildung, eingeleitet durch das Sparen der Haushalte, stellt *Preiser* die Kapitalbildung durch Sparen der Unternehmungen als Alternative gegenüber. Sparen der Unternehmungen ist gleichbedeutend mit unverteilten Gewinnen, denn konsumieren können nur private Haushalte. Wie kommt *Preiser*, im Gegensatz zur ersten Alternative, hier überhaupt zu Gewinnen? — Seine Antwort: Im beginnenden Aufschwung steigt das Produktionsvolumen aus Gründen der Kostendegression stärker an als die Beschäftigung. Die Lücke zwischen konstantem Absatzpreis und Kostendegression wird durch Lohnsteigerung nicht geschlossen, weil in diesem Frühstadium noch Arbeitslose zu konstantem Lohn für den Produktionsprozeß in Reserve stehen.

Auffallend ist hier die Parallele zum Sachverständigengutachten durch gleichlautende Argumentation. Sie mag etwas irritieren, wenn man an das Bild der Kostenkurven denkt, so wie es üblicherweise in Lehrbüchern gezeichnet wird. Danach wird bei Kostendegression im Bereich sinkender Grenzkosten und folglich im Verlustbereich produziert. Von dieser Vorstellung hat man sich freizumachen. Denn es gelten im Konjunkturverlauf und in der Wirklichkeit nicht die Voraussetzungen, unter denen das Bild gezeichnet wird, insbesondere kann man nicht die Konstanz der Faktorpreise annehmen.

*Preiser* begründet also den Lohn-Lag damit, daß in der Marktwirtschaft die Arbeitskraftreserven langsamer abgebaut werden, wodurch dann zwangsläufig eine Remanenz der Löhne entsteht. Und dieser Lohn-Lag ist die Ursache für gesamtwirtschaftliche Gewinne<sup>10</sup>. Beim Lohn-Lag machen alle Unternehmungen und nicht nur einzelne Branchen der Volkswirtschaft Gewinne. Beim Haushaltssparen war für die Expansion eine Zinssenkung Voraussetzung. Beim Unternehmungssparen ist für die Expansion allein der Gewinn Grund genug. Der Zins braucht als Anreiz nicht erst zu sinken. Damit wird beim Unternehmungssparen die Lenkungsfunktion des Zinses ausgeschaltet und vom Gewinn übernommen. Daher die Frage: Ist die Steuerung durch den Gewinn der Steuerung durch den Zins gleichrangig? Oder anders formuliert: Führt die Steuerung durch den Gewinn genauso zu einer gleichgewichtigen Expansion wie zuvor durch die Lenkung des Zinses beim Haushaltssparen?

*Preiser* streitet nun den gesamtwirtschaftlichen Gewinnen die Steuerungsfunktion ab. Für die ungleichgewichtige Expansion nennt er drei Gründe, wobei die beiden ersten bei ihm wohl nur hilfsweise gedacht sind, zentral und entscheidend aber nur der dritte ist.

---

<sup>10</sup> Bei Partialgewinnen zeigen diese dem Unternehmer für seine Investitionsentscheidung an, wo richtig investiert werden muß. Denn es gilt der Satz: Den Partialgewinnen stehen gleich hohe Verluste in anderen Branchen gegenüber, so daß Partialgewinne nur die Aufgabe haben, das Verhältnis unter den einzelnen Produktionszweigen zu regeln.

1. Die Kontrolle durch den Zins am Kapitalmarkt wird ausgeschaltet, weil die Nettosparbeträge, d. h. die Finanzierungsmittel für Investitionen, bereits beim potentiellen Investor sind.

2. Der Lohn-Lag führt zu einer Einkommensumverteilung zugunsten der Unternehmungen. Da hier die Gewinne nicht konsumierbar sind, sind sie gleich dem Nettosparen. Die Sparneigung ist also gleich eins und damit größer als im Sparbereich der privaten Haushalte. Deshalb führt die Einkommensumverteilung notwendig zu einem Schub von Nettosparbeträgen, deren investive Unterbringung den Marktmechanismus möglicherweise überfordert oder überproportionale Reibungsverluste zur Folge hat.

3. Aber auch dann, wenn das Unternehmersparen nicht größer wäre als das sonst stattfindende Nettosparen der Haushalte in der gewinnlosen Volkswirtschaft, würde der dann gleichgroße Investitionsumfang fehlgeleitet. Denn hinter der Gewinnsteigerung vermuten die Unternehmer eine gestiegene Nachfrage. Folglich werden sie ihre Produktion ausdehnen.

Die Expansion ist aber nicht ein generelles Phänomen, sondern vornehmlich eines der Investitionsgüterindustrie. Denn die Nachfrage hat sich durch das Nettosparen von der Konsumgüter- zur Investitionsgüterindustrie hin verlagert. Die Expansion in der Investitionsgüterindustrie geht aber über den Umfang, der durch das Nettosparen vorgegeben ist, hinaus; d. h. über den Umfang, der allein bei Berücksichtigung von Investitionen aus Sparmitteln der Haushalte zu einem Gleichgewicht geführt hätte. Denn durch das Hinterherhinken der Löhne, den Lohn-Lag, werden in diesem Stadium noch Gewinne gemacht, die den Unternehmer über diesen Gleichgewichtszustand hinaus durch vermeintlich dahinter stehende Nachfrage zusätzlich zu weiteren Investitionen verführen. *Preiser* schreibt: „Die Gewinnsteigerung ist also in Wirklichkeit nur zum Teil ein Zeichen gesteigerter Nachfrage. Daß sie zum anderen und wesentlichen Teil auf eine Senkung der Lohnkosten zurückgeht, kann der Unternehmer schon deshalb nicht merken, weil sich die Lohnkosten in der Regel nicht als absoluter Rückgang, sondern als »lag« der Löhne äußern wird<sup>11</sup>.“

Nach *Preiser* ist Ursache des ungleichgewichtigen Aufschwungs der Lohn-Lag. Der Rückschlag wird unvermeidlich, weil es zu einer Überproduktion in der Investitionsgüterindustrie kommt. Diese Überproduktion ist nicht Folge eines Zuviel an Sparen. Denn nach *Preiser* kann jeder Umfang erbrachten Nettosparens durch den Zinsmechanismus gleichgewichtig und damit richtig untergebracht werden. Die Überpro-

---

<sup>11</sup> *Preiser*: Grundzüge, a.a.O., S. 82. Hier wird also der Begriff „lag“ auch von *Preiser* angewandt.

duktion ist eindeutig und ausschließlich die Folge gemachter Gewinne auf Kosten der hinterherhinkenden Löhne, des Lohn-Lags, also infolge von Gewinnen dort, wo keine Gewinne mehr sein dürften.

Daß das aus *Preisers* Sicht auch heute noch aktuell ist, ließ er selbst in den fünfziger und sechziger Jahren durch Veröffentlichungen wiederholt erkennen. Lassen wir hier zusammenfassend *Preiser* selbst sprechen: „Auf eine Erhöhung der Gewinne wird in der Regel mit verstärkten Investitionen, auf eine Verringerung mit Zurückhaltung reagiert, aber wenn alle so handeln, resultiert im einen Fall eine Inflation, im anderen eine Stagnation. Gewinnveränderungen erfüllen ihre Funktion daher nur, wenn es um die Steuerung in Teilbereichen geht: hier wird investiert, dort nicht. Aber sobald die Gewinnveränderung allgemeinen Charakter bekommt, verliert der Gewinn seine Kompaßfunktion<sup>12</sup>.“ Man könnte allgemeine Gewinnsteigerungen mit generellen Preissteigerungen vergleichen. In beiden Fällen geht auf die gleiche Weise die Orientierung für ökonomisch sinnvolles Handeln verloren.

So wie die Theorie des unteren Wendepunktes unter der Bezeichnung Pigou-Effekt bekannt ist, mag *Preisers* Erklärung für den oberen Wendepunkt auch mit einem Namen belegt werden: Preiser-Effekt.

### III.

Das was über *Preiser* gesagt wurde, deckt sich genau genommen mit dem, was die Mikroökonomie lehrt. Ein totales Gleichgewicht liegt vor, wenn Absatzpreis gleich Durchschnittskosten gleich Grenzkosten ist. Folglich ist die gleichgewichtige Volkswirtschaft auch eine gewinnlose Volkswirtschaft. In dieser Gleichgewichtslage befindet sich die Wirtschaft in einem konjunkturlosen Zustand.

Man müßte meinen, daß diese Vorstellung auch der Konzeption des Sachverständigenrates zugrunde liegt. Danach muß kostenniveau-neutrale Lohnpolitik, die gleichzeitig den Lohn-Lag von vornherein ausschließt, durchgesetzt werden, damit das Kostenniveau konstant bleibt, sich die Kostenschere nicht abwechselnd öffnet und schließt. Eine solche Volkswirtschaft ließe sich charakterisieren durch Preis ( $p$ ) = Stückkosten ( $z$ ) und  $\frac{dp}{dt} = \frac{dz}{dt} = 0$ .

---

<sup>12</sup> Erich *Preiser*: Investitionen und volkswirtschaftliches Wachstum. Vortrag, gehalten am 30. 1. 1959 in Dortmund; veröffentlicht als Beilage zu den „Mitteilungen“ der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund, März 1960. Wiederabgedr. in: Erich *Preiser*: Wirtschaftspolitik heute. München 1967. S. 125.

Dagegen läßt folgender Satz in einem der früheren Gutachten des Sachverständigenrates aufhorchen: „Bei gegebenen Wettbewerbsbedingungen spielt sich im monetären Gleichgewicht ein bestimmtes Verhältnis zwischen Preisen und Kosten und damit auch zwischen Preis- und Kostenniveau ein<sup>13</sup>.“ Das heißt doch wohl nichts anderes, als daß man sich ein Gleichgewicht mit Gewinn pro Stück vorzustellen hat. Formelhaft ausgedrückt: der Quotient  $\frac{p}{z} > 1$ . Oder verbal: Gleichgewicht herrscht dann, wenn die Unternehmer einen Erlös pro Mengeneinheit erzielen, der neben den Faktorentgelten einen bestimmten Mindestgewinn pro Stück einbringt. Offenbar schwebt den Sachverständigen, entgegen *Preiser* und dem mikroökonomischen Postulat, ein Gleichgewicht trotz der Existenz gesamtwirtschaftlicher Gewinne vor.

Die sich hier stellende Frage lautet: Kann eine Volkswirtschaft bei Erzielung eines — wie gefordert — Mindestgewinns pro Stück überhaupt noch im Gleichgewicht sein, oder sind damit nicht doch schon die Keime gelegt für eine ungleichgewichtige Expansion, wie sie *Preiser* beschreibt. Oder diese Frage anders gestellt: Läßt sich aus der Existenz gesamtwirtschaftlicher Gewinne nicht etwa schon auf einen bereits vorhandenen Lohn-Lag schließen?

Die Beantwortung dieser Fragen läßt sich am besten durch ein Modell veranschaulichen, das aber zum besseren Verständnis recht einfach gehalten werden soll. Es ist kein Wachstumsmodell; es ist nur zur Betrachtung einer Periode gedacht. Deshalb wird auf Zeitindizes verzichtet. Das Modell enthält zwar Verhaltensparameter, aber keine Investitionsfunktion, weil es sich hier ja um eine Gleichgewichtsbetrachtung handelt<sup>14</sup>.

Die Volkseinkommensgleichung, aus dem zusammengefaßten Produktionskonto von der Verwendungsseite her geschrieben, lautet:

(1)

$$Y = C + I$$

Das Volkseinkommen ist gleich der Summe aus den Verkäufen von Konsumgütern an Haushalte plus Nettoinvestition. Um das konzipierte monetäre Gleichgewicht, so wie es sich die Sachverständigen wohl vorstellen, in das Gleichungssystem hineinzubekommen, wird für die folgenden Überlegungen der Gleichgewichtsbegriff denkbar weit gefaßt: Gleichgewicht herrscht dann, wenn die Erwartungen sich realisieren.

<sup>13</sup> Zweites Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 15. Dez. 1965. Bundestagsdrucksache V/123, Ziff. 248 b. — Ebenso Herbert Giersch: Probleme stabilisierungskonformer Lohnpolitik. *Kyklos*, Vol. XX (1967), S. 148 ff.

<sup>14</sup> Vgl. etwa Gottfried Bombach: Preisstabilität, wirtschaftliches Wachstum und Einkommensverteilung. *Schweiz. Zeitschr. f. Volksw. und Stat.*, Jg. 95 (1959), S. 1 ff.

Deshalb ist Gleichung (1) wie folgt zu lesen: Im Gleichgewicht erwartet und realisieren die Unternehmer bei der Produktion von Konsum- und Investitionsgütern einen Erlös, der neben der Faktorentlohnung auch die Einbringung eines Mindestgewinns erlaubt. Demnach setzt sich das Volkseinkommen aus den Faktorentgelten und den Gewinnen zusammen, wobei schon hier gesagt sein soll, daß die Gewinne nicht ausgeschüttet werden dürfen, worauf später noch zurückzukommen sein wird.

Beträgt zum Beispiel der Gewinnaufschlag durchweg 5 % pro Stück, so gilt die Bedingungsgleichung

$$(2) \quad \frac{Y}{Y_H} = 1,05.$$

Das Einkommenskonto der privaten Haushalte, von der Aufteilungsseite her geschrieben, sieht nun so aus:

$$(3) \quad Y_H = C_H + S_H$$

Für ein monetäres Gleichgewicht im Konsumgüterbereich ist Bedingung, daß die monetären Ausgaben der Konsumenten gleich sind den Faktorkosten plus erforderlichem Mindestgewinn. Es gilt also die Bedingungsgleichung:

$$(4) \quad C = C_H$$

Bei einem Vergleich der Gleichungen (1) bis (4) wird deutlich, daß Gleichung (2) nur dann erfüllt sein kann, wenn  $I$  entsprechend größer als  $S_H$  ist. Hier schließt sich die Frage an: Um wieviel muß  $I > S_H$  ex ante sein, damit den Unternehmen sowohl in der Konsumgüter- als auch Investitionsgüterindustrie die Einbringung der für erforderlich gehaltenen Gewinne gelingt? Die Frage läßt sich auch noch anders stellen: Wie groß muß der Quotient  $\frac{I - S_H}{I}$ , die Selbstfinanzierungsquote, sein?

Dafür läßt sich eine Gleichung aufstellen:

$$(5) \quad \frac{I - S_H}{I} = \frac{Y - C_H - S_H}{Y - C} = \frac{Y - Y_H}{Y - C}$$

Normieren wir das Faktoreinkommen der Haushalte mit 1 und nehmen eine durchschnittliche Konsumquote von 0,8 an, so ergibt sich:

$$(5a) \quad \frac{I - S_H}{I} = \frac{1,05 - 1}{1,05 - 0,8} = \frac{0,05}{0,25} = 20\%$$

Dieses Ergebnis zeigt, daß bei einem Preisaufschlag von 5 % und einer durchschnittlichen Konsumquote von 0,8 die Selbstfinanzierungs-

quote, die Quote der Eigenmittel aus Gewinnen zur Erreichung eines monetären Gleichgewichts, 20 % betragen muß. Rechnen wir die absoluten Größen aus, so beträgt das Sparvolumen der Haushalte bei der vorgelegten Normierung 0,2 und die absolute Höhe der Investitionen 0,25, und die Investitionsquote bestimmt sich durch  $\frac{0,25}{1,05} = 24\%$ .

Um die Wirkung der Sparneigung auf die Höhe der Selbstfinanzierungsquote zu erkennen, variieren wir die Sparneigung und nehmen in einem zweiten Beispiel den durchschnittlichen Wert der letzten Jahre aus der BRD von 0,15. Dann wird

$$(5b) \quad \frac{I - S_H}{I} = \frac{0,05}{0,20} = 25\%$$

Wenn das Ziel eines konstanten Preisniveaus, das 5 % höher liegt als das konstante Kosteniveau, erreicht werden soll, muß die Selbstfinanzierungsquote jetzt 25 % betragen. Die absolute Größe des Sparvolumens der Haushalte beträgt hier 0,15 und die Höhe des Investitionsvolumens 0,20. Die Investitionsquote ergibt  $\frac{I}{Y} = \frac{0,05}{1,05} \sim 19\%$ .

Wie zu sehen, steigt die Selbstfinanzierungsquote mit steigender Konsumneigung. Allerdings gilt diese Aussage nur, solange keine kompensierende Korrelation zwischen der Höhe des Investitionsvolumens und dem Preisaufschlag besteht. Bei näherem Hinsehen überrascht das Ergebnis nicht. Da wir die Summe der Faktorentgelte mit 1 normierten, d. h. die Kosten mit 1 angesetzt wurden, und, den Sachverständigen folgend, einen Preisaufschlag auf die Kosten von 5 % als Unternehmerverhaltensweise unterstellen, muß die Selbstfinanzierungsmasse  $S_U$  konstant = 0,05 sein, unabhängig vom Verhaltensparameter der Haushalte.

Das Investitionsvolumen wird im Modell nach klassischen Vorstellungen bestimmt. Steigt die Konsumneigung, so werden mehr Produktionsfaktoren in der Konsumgüterindustrie beschäftigt, und der Spielraum für Investitionen wird unter dem Postulat der Kosten- und Preisniveau-Neutralität eingeengt. So darf es nicht verwundern, daß bei sinkendem Investitionsvolumen und konstanter Selbstfinanzierungsmasse die Selbstfinanzierungsquote steigt. Man mag das Ergebnis trivial nennen. Dennoch lassen sich einige wirtschaftspolitische Überlegungen anknüpfen, die die Konzeption der Sachverständigen<sup>15</sup> deutlich werden lassen. Dazu werden zwei Ergänzungen eingefügt.

Am Ergebnis ändert sich grundsätzlich nichts, wenn das Ausland einbezogen wird. Es braucht dann nur die Nettoinvestition interpre-

---

<sup>15</sup> Vgl. auch Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim BMW vom 21. Febr. 1960. Band 5, S. 82—83.

tiert zu werden als die des Inlandes plus Exportüberschuß. Anders bei Berücksichtigung des öffentlichen Haushaltes. Das zeigt eine einfache Überlegung: Sind Spar- und Investitionsvolumen des öffentlichen Haushaltes gleich, oder ist der Investitionshaushalt in sich ausgeglichen, so kommt im Zähler und Nenner ein gleich großer, konstanter Ausdruck hinzu. Da die Ungleichung  $I > S_H$  gilt, muß die gleichgewichtige Selbstfinanzierungsquote sinken. Die Senkungstendenz ist umso stärker, je größer der Anteil der staatlichen Investitionen ist. Dagegen erkennen wir die Bedeutung eines unausgeglichenen staatlichen Investitionshaushaltes daran, wenn beispielsweise überlegt wird, was passiert, falls der Staat mehr spart als investiert. Der Zähler des Quotienten wird kleiner, und wir können sagen: Die preisniveau-neutrale Selbstfinanzierungsquote sinkt.

Bisher war die Investitionsquote je nach den Verhaltensparametern von Haushalten und Staat wegen der Forderung nach Erhaltung des monetären Gleichgewichtes rechnerisch unterschiedlich, im ersten Beispiel betrug sie 24 %, im zweiten 19 %. Demgegenüber stelle man sich einmal vor, daß die Investitionsquote nicht Resultante, sondern von der Wirtschaftspolitik gesetzte und erzwungene Ausgangsgröße von — sagen wir — 20 % ist, um ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum nach § 1 des Stabilitätsgesetzes<sup>16</sup> zu erreichen. Würde die Parameterkonstellation diese gewollte Investitionsquote nicht hergeben, sondern unterschreiten, so müßten die Preise notwendigerweise steigen. Im umgekehrten Falle des Überschreitens würde eine Deflation einsetzen. Man sieht, die Inflationsempfindlichkeit wird durch die Investitionshöhe entscheidend mitbestimmt.

Im Ergebnis läßt sich formulieren und wirtschaftspolitisch folgern: Es gibt eine preisniveau-neutrale Lohnpolitik ebenso wie es eine preisniveau-neutrale Investitionsquote gibt. Diese Investitionsquote ist je nach den Verhaltensparametern der privaten und öffentlichen Haushalte sowie der absoluten Höhe der staatlichen Investitionen eine andere.

Soll trotz Gefährdung der monetären Stabilität dennoch eine bestimmte Investitionsquote aufrechterhalten werden, so ist das nur möglich durch Änderung der Parameter:

1. Durch Einwirkung auf die Sparneigung der privaten Haushalte, indem eine entsprechende Vermögenspolitik betrieben wird.
2. Durch staatliche Aktivität entweder a) über Bildung von Haushaltsumberschüssen, sofern der Staat seinen Anteil an den Gesamtinvestitionen erhöht.

---

<sup>16</sup> Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967, BGBl. I S. 582.

stitionen nicht vergrößern will, oder b) Übernahme der inflatorischen Investitionen, finanziert mittels Steuern oder Kapitalmarktanleihen.

3. Durch Aufgabe einer kostenniveau-neutralen Lohnpolitik nach unten. Der Tribut hierfür wäre allerdings eine Verschlechterung der Arbeitseinkommen bei gleichzeitiger Verschärfung der Vermögenskonzentration auf der Unternehmerseite. Das Zwangssparen der Haushalte in der Inflation wird hier ersetzt durch den freiwilligen Verzicht auf Lohnteile, und dieser nur technische Unterschied läuft genau auf dasselbe hinaus. Wenn es so weit gekommen ist, wird die Berufung auf die notwendige Politik der Preisstabilierung aus Gründen gerechter Einkommensverteilung zur Farce.

Deshalb sollte auch bei Gefährdung der monetären Stabilität eine kostenniveau-neutrale Lohnpolitik zur Vermeidung eines Lohn-Lags durchgehalten werden. Das Argument gerechte Einkommensverteilung sticht demgegenüber nicht.

#### IV.

Die Darstellung des theoretischen Hintergrundes, vor dem die Sachverständigen wohl argumentieren, zeigt, daß der von den Unternehmern für erforderlich gehaltene Preisaufschlag gesamtwirtschaftlich Gewinne zur Folge hat, welche unter der Annahme der Nichtausschüttung zu einer Selbstfinanzierungsquote im Gleichgewicht führen. Da sich hier ein Widerspruch zu *Preiser* auftut, soll die Haltbarkeit der Annahme eines Preisaufschlags im Modell, das mehr ein Wirklichkeitsmodell ist, überprüft werden.

In der Mikroökonomie wird die Vorstellung eines Gleichgewichts mit gesamtwirtschaftlichen Gewinnen bzw. mit daraus resultierender Selbstfinanzierungsquote rundweg abgelehnt. In der Makroökonomie ist der Gleichgewichtsbedingung  $I = S$  ex ante von vornherein nicht anzusehen, woraus sich das Sparen rekrutiert<sup>17</sup>. Wollte man ihr die mikroökonomische Aussage unterstellen, so dürfte unter  $S$  nur das Sparen der Haushalte verstanden werden. Dagegen wäre die makroökonomische Gleichgewichtsbedingung aber auch dann noch haltbar, wenn gesamtwirtschaftlich Gewinne auftreten. Nur müßte dann die Größe  $S$  außer dem geplanten Haushaltssparen auch noch das investitionserwünschte Unternehmungssparen mit enthalten.

Unternehmungssparen mit in die Vorstellung eines Gleichgewichts hineinzunehmen, ist zudem auch gar nicht so abwegig, wenn ein Blick auf die Investitionsrechnung geworfen wird. Ihr zufolge ist eine ge-

---

<sup>17</sup> Alfred E. Ott: Über makroökonomische Gewinnbegriffe, Bemerkungen zu einem Buch von Wolfram Libbert. Schmollers Jahrbuch, 85. Jg. (1965), S. 729 ff.

plante Investition vorteilhaft und der Unternehmer nur dann gewillt zu investieren, wenn der interne Zinsfuß mindestens ebenso groß ist wie der Kalkulationszins. Setzen wir für einen Augenblick den Kalkulationszins gleich dem Kapitalmarktzins, so wird der Kapitalbestand durch Nettoinvestitionen die Höhe erreichen, bei der interner Zinsfuß und Kapitalmarktzinsfuß gleich groß sind. Im Zuge dieses Prozesses werden die Löhne entsprechend den veränderten Knappheitsverhältnissen zwangsläufig steigen, so daß den Unternehmern an Einnahmen nur so viel bleibt, daß sie daraus gerade noch den Kredit tilgen und die fälligen Kapitalmarktzinsen tragen können. Der Unternehmergewinn wäre Null. Gesamtwirtschaftlich treten keine Gewinne auf.

Da im globalen Gleichgewicht keine Nachfrage versickert, dürfte von dieser Investitionsregel auch dann nicht abgegangen werden, wenn die Möglichkeit von Fehleinschätzungen berücksichtigt wird. Denn würde sich beispielsweise die Nachfrage unerwartet verschieben, so stünden Kaufkraftverluste an einer Stelle gleich großen Kaufkraftgewinnen an anderer gegenüber.

In der Investitionsrechnung wird aber der interne Zinsfuß nicht dem objektiven Kapitalmarktzins gegenübergestellt, sondern dem in der Regel darüber liegenden subjektiven Kalkulationszins. Zur Begründung wird angeführt, daß der Unternehmer neben der Abdeckung seiner Zinskosten eine gewisse Mindestverzinsung zur Überwindung der Risikofurcht braucht. Dieses Aufgeld, das vom Unternehmer für notwendig erachtet wird, ohne das er einfach nicht gewillt ist zu investieren, muß zwangsläufig zu gesamtwirtschaftlichen Gewinnen führen. Folglich kann man hier schon sagen: Investitionsrechnung ist mit der Vorstellung eines monetären Gleichgewichts der Sachverständigen verträglich. Deshalb braucht im folgenden nur gefragt zu werden, ob die Investitionsrechnung die Wirklichkeit spiegelt. Konkret: Muß die Konkurrenz der Unternehmer untereinander den gesamtwirtschaftlichen Gewinn zum Verschwinden bringen, und herrscht erst dann Gleichgewicht?

Der Unternehmer kann nicht ermuntert werden, seine Investitionsentscheidung nach dem niedrigeren objektiven Kapitalmarktzins auszurichten, selbst dann nicht, wenn ihm gegenüber der Nachweis gelänge, daß gesamtwirtschaftlich Gewinne und Verluste sich gegenseitig ausgleichen. Denn was für die Gesamtheit der Unternehmer in ihrer großen Zahl gilt, braucht noch lange nicht für den einzelnen Unternehmer richtig zu sein. Da wirtschaftliches Risiko und Unsicherheit in praxi nicht versicherbar sind, muß das Unternehmen zu Selbsthilfe greifen, etwa durch Produktdifferenzierung und Kapitalverflechtung. Es bildet sozusagen eine Versicherungsgesellschaft für sich selbst. Trotz aller Versuche wird die Risikostreuung nicht so weit gehen, daß das Gesetz

der großen Zahl angewendet werden könnte. Deshalb muß der einzelne Unternehmer entsprechend der von ihm hingenommenen Ruinwahrscheinlichkeit einen Sicherheitsaufschlag vornehmen<sup>18</sup>.

So gesehen wird die Vorstellung eines monetären Gleichgewichts mit unverteilten Gewinnen verständlich. Der von den Sachverständigen unterstellte Aufschlag auf die Faktorkosten — im Beispiel von 5 % — ist in Wirklichkeit ein Sicherheitsaufschlag, eine Risikoprämie, und damit für den einzelnen Unternehmer Kostenbestandteil. Ob man die Differenz zwischen Erlös und Faktorkosten als Gewinn bezeichnen sollte, sei dahingestellt. Jedenfalls darf sie nicht ausgeschüttet werden, sondern hat als Sicherheitsrücklage zu dienen. Optisch tritt diese Sicherheitsrücklage als Selbstfinanzierungsquote, als Eigenkapital auf.

Ganz deutlich wird das erst aus der Sicht der kreditierenden Bank. Ob sie nämlich einer Unternehmung Kredit gewährt, hängt nicht allein nur von der Bereitschaft des Unternehmers zur Zinszahlung ab, sondern auch von der Sicherstellung des Kredites selbst. Maß hierfür wiederum ist die Höhe des Eigenkapitals. Kreditvergabe setzt also mehr voraus als nur die Bereitschaft zur Zahlung des Zinses. Es gehört auch dazu, daß der Unternehmer durch die positive Differenz von Kalkulations- und Kapitalmarktzins die Möglichkeit hat, Eigenkapital zur Sicherstellung des Kredites zu bilden. Denn hätte der Unternehmer nicht das notwendige kreditsichernde Eigenkapital, dann müßte jetzt die Bank von sich aus einen Sicherungszuschlag über den Zins hinaus aufzuschlagen, was in praxi die Unternehmung tut. Das sind die beiden Seiten der gleichen Medaille.

Aus diesen Überlegungen können wir folgern, daß die Existenz gesamtwirtschaftlicher Gewinne allein noch nicht auf einen Lohn-Lag schließen läßt. Erst wenn die erforderliche Relation von Gewinn- und Faktoreinkommen im monetären Gleichgewicht überschritten wird, ist tatsächlich ein Lohn-Lag eingetreten, und so muß der vom Sachverständigenrat konstatierte Lohn-Lag in 1967/68 auch verstanden werden.

## V.

Abschließend soll ein Konjunktur-Erklärungsversuch zur Diskussion gestellt werden. Das, was dazu gesagt wird, beruht nur auf Hypothesen.

Im Sachverständigen-Gutachten selbst heißt es unter Ziffer 187 nur: Es ist ein Lohn-Lag eingetreten und weiter wörtlich: „der eine schwache Verbrauchskonjunktur mit sich brachte und der für die Zukunft — in

---

<sup>18</sup> Vgl. Werner Noll: Volkswirtschaftliche Auswirkungen eines kostensparenden technischen Fortschritts. Ein Beitrag zur Theorie der Wirtschaftspolitik. Berlin 1967. S. 157—159.

der Spätphase des gegenwärtigen Wachstumszyklus — eine Lohnkosten- und Preiswelle erwarten läßt“ und schließlich sinngemäß: damit seien die Chancen für eine echte konzertierte Aktion vertan, wobei, wie bereits eingangs bemerkt, die adjektivische Betonung auffällt<sup>19</sup>.

Allgemein bekannt sind die mathematisch formulierten Zyklusmodelle, die durch Einbau eines Konsum- oder Produktions-Lags oder beides entstehen. Daneben aber gibt es auch noch eine Konjunkturtheorie, die auf einem Lag der Kosten beruht. Gemeint ist die Konjunkturtheorie von *Wicksell*<sup>20</sup>. Sie geht davon aus, daß der Aufschwung durch ein Steigen des natürlichen Zinses über den Geldzins ausgelöst wird. In der ökonomischen Theorie ist seit den Tagen von Knut *Wicksell* die Rolle des Zinses für die Bestimmung des Umfangs und der Richtung des Investitionsvolumens zurückgedrängt worden. Daß dies in gewissem Umfang zu Recht geschah, haben auch die vorstehenden Überlegungen gezeigt: Der Umfang der Netto-Investitionen wird durch die Gleichheit von Kalkulationszins und Kapitalmarktzins einschließlich Kosten für erforderliche Selbstfinanzierung bestimmt. Allein dem Wort „Kalkulationszins“ ist nicht anzusehen, daß der Kapitalmarktzins mitspielt, aber von Seiten der Bank nur eine Bedingung für Kreditvergabe ist. Kann man nun — und das hier nur als Frage — die gleiche Argumentation von den Zinskosten, wenn sie schon einmal von ihrer ursprünglichen Bedeutung heruntergespielt wurden, auf die wesentlich entscheidenderen Lohnkosten übertragen?

Wenn ja, dann müßte man sagen: Der natürliche Lohn ist der kostenniveau-neutrale Lohn, der Geldlohn in Analogie zum Geldzins der Marktlohn. Die Existenz eines Lohn-Lags bedeutet dann, daß im beginnenden Aufschwung der natürliche Lohn oberhalb des Marktlohnes liegt. Dadurch treten gesamtwirtschaftlich Gewinne auf, die über die oben diskutierte gleichgewichtige Relation hinausgehen. Die Investitionsgüterindustrie wird durch dieses Phänomen im Vergleich zur Konsumgüterindustrie wegen der damit verbundenen Einkommensverschiebung begünstigt. In späteren Phasen steigt die Lohnquote, und die Nachfrage verschiebt sich wieder mehr zur Konsumgüterindustrie. Diese versucht, durch Preisüberbietung die ihr entzogenen Produktionsfaktoren zurückzugewinnen. Das Hin und Her zwischen Investitions- und Konsumgüterindustrie löst einen kumulativen Prozeß der Preis- und Lohnsteigerung aus, der schließlich mit einem Rückschlag endet. Die Begründung des Rückschlags ist in der monetären Konjunk-

---

<sup>19</sup> Jahrestsberichte 1968, a.a.O.

<sup>20</sup> Knut *Wicksell*: *Geldzins und Güterpreise*. Jena 1898. Vgl. für die spätere Diskussion aber Erik *Lindahl*: *Studies in the Theory of Money and Capital*. New York 1939.

turtheorie bei *Wicksell* und seinem Schüler *Hayek* nicht ganz einheitlich. Einmal kann der Rückschlag durch Einengung des Kreditspielraumes eintreten, zum anderen dadurch — jetzt auf den Arbeitsmarkt übertragen —, daß die infolge des Lohn-Lags verfälschten Faktorpreise im Aufschwung zum Aufbau eines Produktionsapparates führen, der zu wenig kapitalintensiv ist. Empirisch scheint sich diese Aussage an dem großen Bedarf von namentlich ausländischen Arbeitskräften in der Hochkonjunktur zu bestätigen. Es sieht so aus, als ob die verfehlte Investitionspolitik künstlich durch Hereinnahme von Gastarbeitern zu retten versucht wird<sup>21</sup>.

Folgt man dieser Argumentation, so könnte man hinter der Bedeutung echte konzertierte Aktion die Vorstellung vermuten, daß die Mitglieder der konzertierten Aktion die Aufgabe haben, zwar nicht wie bei *Wicksell* den Geldzins gleich dem natürlichen Zins zu machen, sondern, analog wie ein Bundesbankpräsident auf dem Geld- und Kapitalmarkt, jetzt den natürlichen Lohn mit dem Marktlohn womöglich entgegen Marktgegebenheiten ins Gleichgewicht zu bringen. Dabei würde allerdings eine Reihe von Problemen zu klären sein. Konflikte über Kompetenzen und Zuständigkeiten treten ein. Die staatliche Zuständigkeit für die allgemeine Wirtschaftspolitik wird aus dem Parlament genommen. Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern würden Entscheidungen nach Maßstäben abgefördert, die nichts mehr mit ihrer Funktion als gewählte Interessenvertreter zu tun haben. Es ergibt sich also eine Fülle von gesellschaftspolitischen, verfassungsrechtlichen und arbeitsrechtlichen Fragen<sup>22</sup>.

## Summary

### The Concept of a Cycle-Forming Wage Lag

The author uses the Report of the German Council of Advisers of Dec. 2, 1968 as an occasion to consider the problem of the wage lag as a cause for recessions, since cycles of 4½ years can be demonstrated with no difficulty to have occurred since 1950 in the Federal Republic of Germany.

The author reviews pertinent literature with the purpose of seeing whether Preiser's concept can be revived and whether one could therefore speak of a Preiser-effect as an explanation of an upper turning point. Thereupon the theoretical concepts of the Economic Advisors are clarified by means of a simple model. The discrepancy of opinions is the same as the difference between the microeconomic and macroeconomic concept of equilibrium and is explained by risk.

---

<sup>21</sup> Gisbert Rittig: Zielkollision oder Instrumentenkollision. In: Carl Böhret u. Dieter Grosser (Hrsg.): Interdependenzen von Politik und Wirtschaft. Festgabe für Gert von Eynern. Berlin 1967. Insbes. S. 152.

<sup>22</sup> Kurt H. Biedenkopf: Rechtsfragen der konzertierten Aktion. Der Betriebsberater, 23. Jg., S. 1005 ff.

Finally the question is asked, whether Wicksell's argument should not simply be applied to the much more crucial wage costs, whereby interest would have to be substituted by the market wage, natural interest replacing "natural" wages or wages neutral to the level of costs.